

**Bundesregierung: Siedlungsaktivitäten
„völkerrechtswidrig und durch nichts zu rechtfertigen“**

In ungewöhnlich scharfer Form hat Regierungssprecher Steffen Seibert am 02. November 2011 den israelischen Siedlungsbau in der Westbank und im annektierten Ost-Jerusalem als „völkerrechtswidrig und durch nichts zu rechtfertigen“ kritisiert. Die Bundesregierung fordere die israelische Politik auf, so der Sprecher von Bundeskanzlerin Angela Merkel, „alle Siedlungsaktivitäten ohne Verzug einzustellen“.

Die Außenbeauftragte der Europäischen Union Catherine Ashton appellierte am selben Tag an die Regierung in Jerusalem, die als Strafmaßnahme gegen die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied in die UNESCO von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu interpretierte Beschleunigung des Siedlungsausbaus durch rund 2.000 neue Wohneinheiten in Ost-Jerusalem, in Maaleh Adumim und im Gush Etzion rückgängig zu machen. Zuvor hatte ein israelischer Regierungssprecher erklärt, dass Israel die der Palästinensischen Autonomieregierung zustehende Überweisung von einbehaltenen Steuer- und Zolleinnahmen in Höhe von rund 72,5 Millionen Euro unterbrochen habe. Sie ist im israelisch-palästinensischen Pariser Protokoll vom April 1994 niedergelegt.

Im Gegensatz zu Merkel und Ashton verwahrte sich Bundesaußenminister Guido Westerwelle in einer schriftlichen Erklärung gegen die palästinensische UNESCO-Mitgliedschaft: „Es gibt keine Abkürzungen *[des Verhandlungsprozesses]* durch Aufnahmeanträge in internationalen Organisationen, die an der Lage vor Ort nichts ändern.“